

tion, deren Anwachsen uns eine Mahnung ist."

Dem Deutschen Block des WAV-Renegaten Meißner-München, der in Kassel gut abschnitt, hatte man kurz vor der Wahl den Vorsitzenden Leck wegverhaftet, weil er einmal freiwillig in der SS war.

SPD und CDU, die Regierungsparteien, kamen in ganz Hessen noch einmal mit einem blauen Auge davon. Die SPD verlor zwei Stimmen, weil ihr Stock-Regierungschef und Zinnkann-Innenminister noch nicht lange genug in Wiesbaden wohnten. Heinrich Zinnkann fehlten noch sechs Tage an einem halben Jahr zur Wahlberechtigung. Christian Stock ließ sich in seiner alten Heimat Seeheim an der Bergstraße rundfunkinterviewen, daß er als erster Staatsbürger nicht mehr Rechte habe als jeder andere auch. Ihm fehlten noch zwei Monate.

LDP-Euler hatte einen großen Erfolg. Zusammen mit den Kollegen von weiter rechts machte sein Team zwei Drittel der neu hinzugekommenen Stimmen. Er will den Rücktritt der Regierung und die Auflösung des Landtages verlangen, weil die SPD-CDU-Regierung „nicht mehr dem Volkswillen entspricht“. Was kommt, wäre eine Rechts-Regierung, denn SPD-KPD würden in einem neuen Landtag nicht wieder die absolute Mehrheit bekommen, die sie noch haben, aber nicht zu einer Links-Koalition nützen.

Mit der KPD ging es zahlenmäßig abwärts. Das sei kein Wunder, meinte sie. Wo doch alle Parteien gegen sie agitiert hätten. In Laufenselden im Taunus ging der KP-Vorstand zur LDP über und kandidierte bei ihr.

Am Mittwochabend platzte eine nationaldemokratische Nach-Wahl-Bombe. Die NPD hatte sich als NDP bei der Militärregierung eingeschrieben. Jetzt hatte sie auf einmal die Demokratie abgelegt und sich „Nationale Partei Deutschlands“ genannt. (Propaganda-Heinz sagt, mit den National-Demokraten in der Ostzone habe er nichts zu tun. Er habe einmal zwei Agenten drüber gehabt, aber die seien ihm verhaftet worden.)

Dr. Newman wurde tötlich: „Wir werden die Mitglieder und Funktionäre dieser Partei untersuchen und ihre Arbeit überprüfen.“ Die NDP habe den Ostflüchtlingen erklärt, sie sei die einzige Partei, die ihnen ihre Heimat wiedergeben könne.

Burgfrieden

Doch anti

Wie ein Ringkämpfer steuerte der unter-setzte SPD-Fraktionschef Schoettle wiegend auf das Frankfurter Wirtschafts-Rednerpult zu: „Es besteht nicht der geringste sachliche Grund für eine Ehe zwischen SPD und CDU.“

Die CDU war nicht überrascht. „Kein Gedanke“, hatte schon am Vormittag ihr Fraktionschef und Adenauer-Stellvertreter Friedrich Holzappel abgelehnt, nachdem die Stimme seines föderalistischen Herrn aus der Kölner Zentrale unmißverständlich zu vernehmen gewesen war.

Beide Seiten bagatellisierten. „80 Prozent der SPD-Abgeordneten haben mir in privatem Gespräch erklärt, daß sie für eine Zusammenarbeit der beiden Großen des Wirtschaftsrates sind.“ Zentrums-Doktor Stricker unterstrich das mit seinem Pfeifenmundstück.

Die CDU-Fraktion hatte sich intern über eine Frankfurter Ehe CDU-SPD unterhalten. „Kein Gedanke“ war übertrieben.

Sorgsam getarnte Fühler von beiden Seiten hatten sich vorher unverbindlich in

einem süddeutschen Salon betastet. Die CDU-Fraktion entschied aber dann doch anti. Einmal hatte ihr sorgsam auf mittelsten Pfaden wandernder Dr. Holzappel noch vor der Hessenwahl programmatisch jeden Pakt mit dem Sozialismus als unsinnig und inkonsequent abgelehnt. Dann steht aber auch der Fabrikantenflügel der Union gegen die geneigte Haltung der christlichen Gewerkschaftler, die Hand fest am Fraktionszügel.

Nicht zu vergessen auch die Bündnis-Kollegen der CDU von der „Deutschen



Der ehrliche Makler
Stricker wollte eine Ehe stiften

Partei“ des Föderalisten Hellwege, die bei CDU-Koalitionsneigungen zum zentralistischen Schumacher-Quartier in Hannovers Odeonstraße sofort aus der Frankfurter Fraktionsgemeinschaft springen würden.

Bei den Wirtschaftsratlern der SPD genügte eine Draht-Erinnerung aus Hannover an das gemeinsam beschlossene Kasseler Programm*), um alle Gelüste nach geteilter Verantwortung verrauschen zu lassen. „Daß gewisse Kreise auch bei uns einer vernünftigen Koalition nicht abgeneigt sind, kann man nicht bestreiten“, sagte allerdings ein SPD-Abgeordneter vertraulich.

„In Nordrhein-Westfalen haben mir zwei SPD-Minister, Professor Nölting und August Halbfell, erklärt, daß es an der Zeit sei, gemeinsam an die Lösung der schweren Aufgaben zu gehen“, untermauert der Schöpfer des Stricker-Planes seinen Standpunkt. „Wir verlangen von den Besatzungsbehörden die Uebergabe der Souveränität in unsere Hand. Dazu müssen wir aber erst einmal regierungsfähig werden. Und heute kann eine einzige fehlende Stimme die Träger der Exekutive in die Minderheit drücken.“

Dr. Stricker hat mit seinem Freund Spiecker das ausgleichende Votum der vier Zentrums-Stimmen zu einem politischen Faktor zwischen den Mühlsteinen der beiden großen Frankfurter-Fraktionen entwickelt. Bei der Pünderwahl konnte

*) In Kassel billigte der SPD-Vorstand im Februar den Schumacher-Standpunkt, daß im Wirtschaftsrat eine Koalition mit der CDU „unter den gegebenen Umständen“ unangebracht sei. Die SPD wirft der CDU Intoleranz vor. Sie will von ihren sozialistischen Wirtschaftsprinzipien nichts aufgeben.

das Zentrum in praxi seine Bereitschaft demonstrieren, common sense und Realpolitik über das dogmatische Beharrungsvermögen zu stellen.

Beide Zentrumsführer agieren mit bedachtsamer Ruhe. Wenn der Münsteraner Stricker mit großen, schwerfälligen Schritten aus seiner letzten Reihe zum Rednerpult geht und mit stark westfälischem Ton in die Mikrophone spricht, erwartet man die Rede eines Mannes, der ohne Dogma und Vorurteile spricht.

„Ich glaube einfach nicht, daß wir in der Lage sind, die großen Probleme lösen zu können, die uns zum Beispiel durch den Marshall-Plan oder bei der Errichtung eines deutschen Parlaments bevorstehen, ohne einmal für eine gewisse Zeit unter den beiden großen Parteien einen Burgfrieden herzustellen“, sagt der aufgeschlossene Ex-Minister aus dem nordrheinischen Amelunxen-Kabinet.

Von der Ablehnung seines Koalitionsvorschlages läßt Stricker sich nicht erschüttern. „Sowas läßt sich nie übers Knie brechen“, meint er. „Aber wir wollen uns in ein paar Wochen wieder sprechen.“

Den Trommlern in die Hand

Staats-Streiche

Die Ellwanger Freunde sind gegen ihren Willen mit einem Verfassungsentwurf offiziell geworden. Die „Neue Zeitung“ in München publizierte die Grundsätze für eine deutsche Bundesverfassung. Der Entwurf soll für eine „Bundesrepublik Deutschland“ gelten. Er hat nicht die einmütige Zustimmung der CDU-CSU-Politiker, wie der Ellwangen-Initiator und bayrische Staatsminister Dr. Anton Pfeiffer bekanntgab.

Der Entwurf nennt das künftige deutsche Staatsgebilde eine Bundesrepublik, gesteht aber gleich ein, daß auch die Länder den Charakter von Staaten haben sollen. Die Gesetzgebung liegt „grundsätzlich“ in ihrer Hand. Zwar dürfen sie generell keine politischen Staatsverträge abschließen, eigene Konkordate mit dem Heiligen Stuhl und eigene Nuntiatoren sind ihnen dagegen gestattet. Verträge mit dem Ausland dürfen sie auf den Gebieten abschließen, auf denen ihnen die ausschließliche Gesetzgebung zusteht. Wo ihnen nur Teilgesetzgebung zusteht, müssen sie Verträge der Bundesrepublik bekanntgeben, damit die Einspruch erheben kann.

Die Bundes-Regierung soll dem Bundestag, dem vom gesamtdeutschen Volk gewählten Parlament (früher: Reichstag) nicht verantwortlich sein. Der Bundesrat, in den jedes Land zwei Vertreter nicht wählen, sondern delegieren läßt, muß alle Gesetze (gemeinsam mit dem Parlament) mitbeschließen. Dieser Bundesrat, eine Art früherer Reichsrat mit unvergleichlich größeren Kompetenzen, wird also keine Partei-Exponenten, sondern ausgesprochene Vertreter der Länderpolitik vereinen.

Er, und nicht das Volk, nicht das Parlament, wählt den Bundespräsidenten mit vier Jahren Amtszeit. Der seinerseits ernannt die Bundesbeamten (seine „Minister“), unter Zustimmung nicht des Parlaments, sondern wiederum des Bundesrats, d. h. der nicht gewählten, sondern delegierten Ländervertreter. Der Bundesrat hat auch das Recht, vom Bundespräsidenten die Auflösung des Bundestags, d. h. des vom Volk gewählten Parlaments zu verlangen.

Eine regelrechte Verfassung, eine „Vollverfassung“, soll nicht die Bundesrepublik, wohl aber das Einzelland bekommen, dem auch Finanzhoheit zugesprochen wird. Dem